



INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

Biedenkopf gegen Wohnungsbau

Fordert die CDU auch ständig den Abbau der Staatsverschuldung, vermißt man doch Vorschläge, wie dies geschehen soll. Ihre Vorstellungen bleiben ungenau, sie stellt eher Schuldenerhöhungsanträge, z. B. im Verteidigungshaushalt. Man hat den vagen Eindruck, eingespart werden soll in erster Linie bei den sozialen Leistungen des Staates, so in der Krankenversorgung und bei den Renten.

Herr Biedenkopf allerdings hat konkrete Vorschläge für Einsparungen gemacht. Sie betreffen — wen wundert es? — einen sozialen Bereich: beim sozialen Wohnungsbau und bei der Bausparförderung sollen Milliarden eingespart werden. Die Folgen einer solchen CDU-Politik sollte jeder sich deutlich vor Augen führen!

Wer jetzt an den Bau seines seit langem anvisierten Wohnhauses geht, der weiß, welche Belastungen angesichts der enorm gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten auf ihn zukommen. Könnte er nicht auf Nachbarschaftshilfe rechnen und würde er nicht seine ganze Freizeit als Eigenleistung in den Bau stecken, so würde ein Neubau für die meisten praktisch unmöglich werden. Kostet doch die Errichtung eines durchschnittlich großen Einfamilienhauses mit ca. 150 qm Wohnfläche selbst in Medebach heute schon um DM 300.000,—, woraus sich eine monatliche Zins- und Tilgungslast von im Schnitt DM 2.000,— bis DM 2.500,— ergibt.

Wer kann diesen Betrag überhaupt noch aufbringen? Selbst wenn man davon ausgeht, das Grundstück sei bereits vorhanden, die Hälfte der Baukosten sei durch angespartes Geld, Eigenleistung und Nachbarschaftshilfe aufzubringen, bleibt immer noch ein Betrag von mindestens DM 1.300,— monatlich an Zins und Tilgung aufzubringen, wenn der benötigte Kredit allein bei einer Bank oder Sparkasse aufgenommen werden müßte.

Wir Sozialdemokraten haben es immer als unser Ziel angesehen, nicht nur den Großkapfeten sondern auch Otto Normalverbraucher den Bau seines Einfamilienhauses zu ermöglichen oder mindestens ihm eine von der Miete her erschwingliche Wohnung zur Verfügung zu stellen. Dazu haben Bund und Land in vielfältiger Hinsicht Mittel bereitgestellt, z. B. bei der Bausparförderung, im sozialen Wohnungsbau oder durch Mittel zur Zinsverbilligung, durch Zahlung von Wohngeld usw. Rund 55.000 Familien in Sozialwohnungen Nordrhein-Westfalens werden in diesem Jahr von Mietsteigerungen verschont.

Aufgrund von Initiativen der SPD-Landtagsfraktion verzichtet das Land auf den fälligen Abbau von Darlehen und Zuschüssen, weil sonst für die Betroffenen Mieter Mietsteigerungen zwischen 70 Pfennig und 3 DM pro Quadratmeter Wohnfläche entstanden wären. Gleichzeitig entfällt für die betroffenen Sozialmieter der Nachweis des Einkommens für diesen Zeitraum.

Diese mieterfreundliche Entscheidung ist Bestandteil eines Paketes von über 300 Mio. DM, um die der Wohnungsbauetat 1980 auf rund 2 Mrd. DM aufgestockt wird. Für die sozialdemokratische Landtagsfraktion war das wichtigste Ziel zu verhindern, „daß die Sozialmieten ständig steigen“. Der Mietenstopp wurde vorläufig für das Jahr 1980 begrenzt, weil davon ausgegangen werden kann, daß der Bundestag das neue Wohngeldgesetz zum 1. Januar 1981 in Kraft setzen wird. Durch dieses Gesetz werden erhebliche Entlastungen der einkommensschwachen und kinderreichen Familien erwartet.

Trotz des Geschreis der CDU, die Landesregierung wolle die ländlichen Gebiete durch Erschweren des Wohnungsbaus austrocknen, kann sich jedermann durch einen Blick auf unsere Ortschaften überzeugen, daß auch dort weiterhin gebaut wird und wir neue Baugebiete ausweisen.

Wenn jemand den Bauwilligen vor allem auf dem Land, wo es bestimmt nicht sehr viele reiche Leute gibt, das Bauen unmöglich machen will, dann sind das doch offenbar Politiker wie Herr Biedenkopf, der gerne in Nordrhein-Westfalen Wirtschaftsminister (oder gar Ministerpräsident?) werden möchte. In seinen Haushaltsreden im September 1978 und vor einem halben Jahr im September 1979 hat Herr Biedenkopf dies im Bundestag eindeutig bestätigt:

„Der soziale Wohnungsbau hat seit Jahren ... jede soziale Bedeutung verloren.“ Dies sei ein Punkt, in dem „eine Eingrenzung staatlicher Aktivitäten möglich erscheint oder ... staatliche Aktivitäten abgebaut werden können.“ (Protokoll der 104. Sitzung des Bundestags vom 21. 9. 1978, S. 8247).

„Es ist unbestritten, daß man aus dem Etat für den Wohnungsbau zwischen 3 und 5 Milliarden DM entnehmen kann.“ (Protokoll der 110. Sitzung des Bundestags vom 14. 9. 1979, S. 13531. In dieser Rede hat Biedenkopf auch den Abbau der Bausparförderung vorgeschlagen).

Nun kann man Biedenkopf sicherlich nur zustimmen, daß eine Fehlbelegung von Sozialwohnungen etwa in Bonn oder Düsseldorf durch gutverdienende Ministerialbeamte etc. durch Rauswurf (o. ä.) dieser Leute abzubauen ist. Aber gleich das Kind mit dem Bade auszuschütten und die Förderung des Wohnungsbaues zu streichen, sehen wir als weit überzogen an. Im Gegensatz zu Herrn Biedenkopf meinen wir, daß unseren Bürgern in Medebach und den Ortsteilen die Möglichkeit erhalten werden sollte, sich ihr eigenes Haus zu bauen. Das darf nicht allein den Reichen vorbehalten bleiben!

Finanzhilfe für das Altenheim Medebach

Obwohl einige Unverbesserliche noch immer behaupten, SPD-Regierungen ließen den ländlichen Raum finanziell ausbluten, läßt eine Nachricht des Bundesministers für Städtebau aufhorchen. In dem Schreiben wird ein Darlehen in Höhe von DM 96.000,— für den Umbau und Erweiterung in ein Altenheim in Medebach zur Verfügung gestellt. Besonders ist dabei anzumerken, daß aus dem Fond für Härte- und Sonderfälle über die normalen öffentlichen Mittel hinaus noch einmal dieser genannte Betrag gewährt wird.



Es geht um die Wurst

Bericht aus Bonn

Franz Muntefehring, MdB, berichtet: Wie Strauß heimlicher Kanzler werden will! Am 11. Mai, bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, geht es um mehr als um Düsseldorf. Die CDU will Strauß den Weg ebnen. Wenn es am 11. Mai in NRW einen Regierungswechsel gibt, bekommen die CDU/CSU regierten Länder im Bundesrat eine 2/3-Mehrheit. (28 von 41 Stimmen).

Dann kann Strauß dort die Rolle des Nebenzancklers übernehmen und Helmut Schmidt Knüppel zwischen die Beine werfen. Keine Frage, daß Strauß das nur zu gerne möchte. Aber was wäre gewesen, wenn Strauß oder andere Unionsgrößen im letzten Jahrzehnt eine solche Chance gehabt hätten:

Die Bundesrepublik hätte Nein gesagt zum Atomwaffensperrvertrag, Nein zum UNO-Beitritt, Nein zur Konferenz von Helsinki, Nein zum Moskauer Vertrag, Nein zum Warschauer Vertrag, Nein zum Viermächteabkommen über Berlin. Um unsere Sicherheit und den Frieden wäre es schlecht bestellt. Ein Kanzler Strauß muß verhindert werden, auch ein heimlicher Nebenzanckler Strauß muß verhindert werden.

Wir können in dieser weltpolitisch schwierigen Situation keinen risikoreichen und unbeherrschten Kurswechsel unserer Politik gebrauchen. Helmut Schmidt muß am Ruder bleiben. Ein Wahlsieg von Johannes Rau und der SPD am 11. Mai ist die erste wichtige Voraussetzung dafür.

Zitate

Die „Heckenschere“ kommt in Medelon nicht an. Nach Meinung der Bürger sind die Ausführungen zu unverständlich. (Aktenvermerk des stv. Bürgermeisters Asmuth, vom 18. 3. 1980 für die CDU-Fraktion).

Aus dem Rathaus

In Referinghausen beschwert man sich, die Autos führen mit zu hoher Geschwindigkeit durch den Ort. Verschiedene Medebacher Bürger wollen Bäume auf dem Bürgersteig vor ihrem Haus nicht dulden. Im Planungsausschuß des Rats überdenkt man die Straßenführung in Neubaugebieten nach bisherigen Planungszielen.

Dies alles scheint auf den ersten Blick nicht viel miteinander zu tun zu haben. Doch ganz im Gegenteil: in allen Fällen geht es neben anderem auch um das drängende Problem, unsere Straßen für den Verkehr sicherer und damit dem Bürger zugänglicher zu machen.

Daß Verkehrsschilder und Geschwindigkeitsbegrenzungen, selbst Verkehrskontrollen nicht viel Nutzen bringen, sollte inzwischen jedem einigermassen aufmerksamen Beobachter nicht entgangen sein. Autofahrer sind auch nur Menschen, sie richten sich weniger nach Vorschriften als vielmehr nach der Verkehrslage und dem Straßenzustand. Mögliche Gefahren werden als nicht sehr wahrscheinlich häufig verdrängt.

Kann man daher mit Schildern die Autofahrer nicht zu vorsichtigerer Fahrweise veranlassen, muß man folglich nach anderen Mitteln suchen. Besonders in Wohngebieten kann man etwa durch scharfe Kurven und Sichtfänge, z. B. Buschgruppen, nach neueren Untersuchungen den Autofahrer dazu bringen, seinen Blick auf die Straße kurz vor seinem Auto und nicht 100 m und mehr nach vorne zu richten. Dann sinkt die Geschwindigkeit auf ca. 25 km/h mit der Folge, daß Gefahren wiespielende Kinder rechtzeitig bemerkt werden. Infolgedessen kann die Straße auch von spielenden Kindern und Fußgängern als Wohn- und Spielstraße benutzt werden. Wenn trotz niedrigerer Geschwindigkeit eine schnellere Durchgangstraße nach 1,5 bis 2 Minuten erreicht werden kann, akzeptiert der Autofahrer auch das niedrigere Tempo im Wohngebiet. Bäume an der Straße verschönern nicht nur unsere städtischen Steinlandschaften, sie bieten dem Autofahrer auch einen Blickfang. Das führt nach neueren Untersuchungen bei ihm automatisch zu einer geringeren Geschwindigkeit. Zahl und Schwere der Unfälle sinkt um ein Drittel. Es tritt also das genaue Gegenteil dessen ein, was man allgemein annimmt. In Medebach sollte man sich deshalb überlegen, ob die Verkehrssicherheit vor allem unserer Kinder nicht wichtiger ist als die geringfügige Belästigung durch im Herbst auf den Bürgersteig fallendes Laub.

Eine andere mit dem Gesicht unserer Umwelt zusammenhängende Frage beschäftigte den Rat: der geplante Bau eines 24geschossigen Hochhauses im Orketal. Man muß bezweifeln, daß ein solches Bauwerk in die Landschaft paßt. Aber dort besteht ein rechtskräftiger Bebauungsplan aus einer Zeit, in der solche Bedenken noch sehr klein geschrieben wurden. Daher besteht ein Rechtsanspruch auf die Baugenehmigung. Selbst wenn die Stadt gegen das Bauvorhaben gestimmt hätte, es müßte doch vom Bauamt genehmigt werden. Sozusagen eine innere Umweltfrage, nämlich die des fairen Umgangs miteinander, ist die Art, wie man mit den Vorsitzenden des Bauausschusses, Reinold, und des Planungsausschusses, Huneck, umgesprungen ist. Da war eine Besprechung zwischen der Stadt einerseits, dem Kreis und der Regierung andererseits über geplante neue Baugebiete und Bauen im Außenbereich angesetzt. Aber Reinold wurde erst gar nicht eingeladen, Huneck zwar eingeladen, aber ohne genaue Zeitangabe. Als dann die Herren von Kreis und Regierung da waren, wurde auch Huneck, der auf Abruf bereitstand, nicht verständigt. Wenn dies schon Ausschußvorsitzenden, selbst von ihrer eigenen Partei, widerfährt, was mag die CDU dann wohl unter ihrer angeblich „bürgerlichen“ Politik verstehen?

Schon gewußt? ...

Bereits seit Mai 1978 fördert das Bundesministerium für Forschung und Technologie die Entwicklung eines Personenkraftwagens, der gegenüber herkömmlichen Modellen 30 Prozent weniger Benzin verbraucht, weniger Lärm verursacht, weniger Abgase entwickelt und weitaus mehr Sicherheit bietet. 1981 soll dieses Auto erstmals vorgestellt und dann praktisch erprobt werden. Die Bundesregierung finanziert das Projekt mit 110 Millionen Mark.

Gelängeweg - Probleme

Wenn einige Bewohner des Siedlungsgebietes Gelängeweg bisher geglaubt haben, in einer Oase der Ruhe und Erholung zu leben, sehen sie sich seit einiger Zeit gründlich getäuscht. So braust über den Gelängeweg — an der Nordseite der Siedlung — der Schwerverkehr einer örtlichen Baufirma. Über die Mozartstraße — mit Blickrichtung auf das Schulzentrum — wird ein Teil der Schulbusse geleitet, die in der Mittagszeit von der Hauptschule weiter zur Grundschule fahren.

Beleuchten wir das Problem am Gelängeweg: Die Anwohner beklagen in einer Ausgabe der Westfalenpost und in einem Anschreiben an den Rat der Stadt, daß durch den ständigen Lastwagenverkehr in Richtung ehemalige Müllkippe für sie eine übergebührliche Belästigung bzw. Gefährdung der Kinder und darüber hinaus ein erhöhter Verschleiß der von ihnen mit 90% bezahlten Straße eingetreten sei. Daß muß man schon miterleben, wenn ein mit hoher Geschwindigkeit von der Kippe herkommender Laster den harmlosen Passanten Staub schlucken läßt. Neben diesen — aus der Sicht der Anlieger sicher berechtigten — Klagen muß das Interesse des Bauunternehmers gesehen werden, der einen rechtmäßigen Pachtvertrag mit der Stadt Medebach über die Benutzung der ehemaligen Müllkippe abgeschlossen hat. Natürlich läßt er seine mit Abraum beladenen Lastwagen auf kürzestem Wege zu der Abladestelle Müllkippe rollen! Blicke der Dritte im Bunde der künftige Bauherr, sei es Privatmann oder öffentliche Hand, der wohl bei längeren Anfahrten von Medelon oder Glindfeld her die Gesamtzeche zu zahlen hätte?

Und schließlich fragen schon jetzt andere besorgte Anlieger aus Glindfeld nach der künftigen Verkehrsführung des LKW-Verkehrs. Ob das Aufstellen eines 30 km-Schildes, so unter anderem von den dortigen Anliegern am Gelängeweg vorgeschlagen, eine Lösung des Problems bringen wird, muß abgewartet werden.

Auch die Anlieger der Mozartstraße, die ja auch ihre Straße zu 90% finanziert haben, sind von ähnlichen Sorgen wie ihre Mitbewohner auf der anderen Seite des Siedlungsgebietes geleitet. Sie haben sich am 24. März dieses Jahres mit einer Resolution an die zuständigen Stellen der Stadt Medebach gewendet. In dem Schulbusverkehr sehen sie „eine große Gefahr für die spielenden Kinder; dies ist insbesondere deshalb der Fall, da an der Mozartstraße das Grundstück liegt, auf dem der Kinderspielplatz für das gesamte Neubaugebiet Gelängeweg entstehen soll“. Bei diesem Problem ist noch am einfachsten eine Lösung erkennbar! Lassen wir doch die Busse den gleichen Weg fahren, den sie in den letzten Wochen seit Baubeginn an dem St.-Sebastianus-Weg auch fahren mußten. Diese Strecke führen jedenfalls nicht durch das Siedlungsgebiet!

Zur Person

„Wir leben hier Gott sei Dank noch hinter den Bergen“ meinte der Stadtvorsitzende der Jungen Union, Hans Claßen. Damit wollte er eine Verbesserung der Jugendpflege in Medebach abwürgen. Er selbst und Herr Nottelmann leisteten bereits so Großartiges, daß ein Jugendpfleger ihre heile Welt nur stören könnte. Wenn er in Oberschledorn eine Gastwirtschaft betrete, drängten sich sogleich die Jugendlichen um ihn, jeder wolle ihm die Hand schütteln, warf Herr Claßen sich ob seiner Beliebtheit in die Brust.

Offenbar ist Herr Claßen sich inzwischen der Güte seiner Arbeit und der von ihm vertretenen JU aber nicht mehr so ganz sicher. Als er vor kurzem von der bevorstehenden Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in Medebach erfuhr, schrieb er einen Brief an das Unterbezirksbüro der SPD. Er sei sehr interessiert mitzumachen und bitte die „lieben Freunde“ um Mitteilung des Termins der Gründungsversammlung.

Wollte er etwa die Jusos in die Junge Union überführen? Sein Brief klang eher danach, als wolle er die JU in die Juso-Arbeitsgemeinschaft einbringen. Letzteres wäre vielleicht gar nicht so übel. Den Jung-Unionisten könnte es nur gut tun, über politische Arbeit noch einiges zu lernen. Die Masse allein (fast 100 JU-Mitglieder z. B. in Oberschledorn!) tut's gewiß nicht!



Unser Kandidat zur Landtagswahl

Für die Landtagswahl am 11. Mai 1980 ist Wolfgang Kies aus Marsberg zum Kandidaten unseres Wahlkreises gewählt worden. Der Wahlkreis 143 umfaßt den Altkreis Brilon und die Stadt Bestwig.

Wolfgang Kies ist 38 Jahre, verheiratet, Lehrer an der Grundschule Essentho und seit 1969 Mitglied des Rates der Stadt Marsberg. Er will sich in Düsseldorf für die Bürger und die Interessen unseres ländlichen Raumes einsetzen, und so die bewährte Politik des bisherigen Abgeordneten Julius Drescher aus Brilon fortführen.

Falls Sie Fragen oder Probleme haben, ist er jederzeit erreichbar unter: Wolfgang Kies, Hauptstraße 44, 3538 Marsberg 1, Telefon (02992) 2476.

Zur Sache

Zu Recht sieht sich Medelon mit nur einem Vertreter im Rat unterrepräsentiert gegenüber etwa Oberschledorn mit jetzt 4 Vertretern. Daß aber ausgerechnet die Medeloner CDU darüber lamentiert, ist nicht recht zu verstehen; oder ist ihr Gewicht (bei 93% Stimmenanteil) im CDU-Stadtverband nicht groß genug? Medelon hätte sicher einen zweiten Vertreter im Rat, wenn dessen Bürger nicht so eindeutig aufs falsche Pferd, die CDU, gesetzt hätten. Hätte sich ein Medeloner bereit gefunden, für die SPD zu kandidieren, der zweite Platz im Rat für Medelon wäre sicher gewesen. Etwas mehr Mut, Medeloner!

Aber auch so ist es klar: Die SPD tritt für eine gleichwertige Berücksichtigung aller Ortsteile ein. Auch wenn sich die Medeloner Bürger uns gegenüber noch etwas unsicher fühlen sollten: wir werden ihre berechtigten Anliegen aufnehmen und im Rat und gegenüber der Verwaltung vertreten. Vielleicht laden uns mal einige Beherzte nach Medelon ein, damit wir gemeinsam ihre Probleme besprechen können?

Straßenausbau

Österstraße und Korbacher Straße sollen nach uns erteilten Auskünften 1980 fertiggestellt werden. Dafür stehen in diesem Jahr insgesamt 660.000,— DM zur Verfügung. Der Ausbau des Kreuzungsbereichs Niederstraße — Mündenerstraße — Hallenberger Straße wird noch etwas auf sich warten lassen. Der Plan muß zur Zeit noch von der Stadt überarbeitet werden.

Im Bereich des Schloßberges ist die Anlage eines dritten Fahrstreifens (Kriechspur) vorgesehen. Nach dem derzeitigen Stand der Vorbereitungen ist damit zu rechnen, daß die Maßnahme in der 2. Jahreshälfte ausgeschrieben wird.

In Düdinghausen sollen auf verschiedenen Teilschnitten, z. B. zum Friedhof, Gehwege angelegt werden. Die Vorbereitungen dafür sind angelaufen.

Die Deckenerneuerung der Kreisstraße in Oberschledorn mußte leider zurückgestellt werden, weil zunächst von der Stadt der Kanal verlegt werden muß.